

Rudolph weist alle Vorwürfe zurück

Gemeinderat Bürgermeister verliest dreiseitiges Schreiben als Antwort auf kritische Fragen

VON PETER MITTERMEIER

Weller-Simmerberg Die Fragen hatten bei der Bürgerversammlung Ende März für Wirbel gesorgt. Walter Böhmer wollte damals unter anderem Auskunft über Grundstücksgeschäfte der Marktgemeinde Weiler-Simmerberg. Jetzt hat Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph im Gemeinderat geantwortet, eine dreieinhalbseitige Stellungnahme verlesen und alle Vorwürfe zurückgewiesen.

● **Grundstücksverkäufe** Böhmer hatte in der Bürgerversammlung von einem „subventionierten Verkauf“ von Grundstücken an Gewerbebetriebe gesprochen. Zudem sei der Zweck der Grundstücke nicht vertraglich gesichert worden. Beides wies Rudolph zurück. Die Marktgemeinde veräußere Baugrundstücke grundsätzlich auf der Grundlage kalkulierter Erschließungskosten und der Kosten für den Grunderwerb. Zum Zeitpunkt des Verkaufes der betreffenden Flächen habe der Bodenrichtwert bei 40 Euro je Quadratmeter gelegen, 35 Euro für das Grundstück, zuzüglich fünf Euro Herstellungsbeiträge für die Abwasser-, beziehungsweise Wasserversorgung. Weil die Grundstücke zu ihrem Verkehrswert veräußert wurden, sei auch eine Absicherung nicht nötig gewesen, so Rudolph. Zudem sehe der Bebauungsplan für die Grundstücke alleine eine gewerbliche Nutzung vor. „Spekulationsgeschäfte schließen sich schon alleine deshalb aus“, sagte Rudolph.

● **Seniorenheim** Mehrere kritische Fragen hat Böhmer in Zusammenhang mit dem Verkauf des Seniorenheimes Rothach an die Allgäu-Stiftung erhoben. Zum einen ging es um den Verkaufserlös, zum anderen auch hier um die Frage, ob und wie der Verkauf abgesichert sei. Hintergrund: Anstatt ursprünglich geplant 342.000 Euro hatte die Gemeinde beim Verkauf nur 238.000 Euro erlöst. Rudolph führt das auf das Verkehrswertgutachten zurück, das der Markt zum Verkauf des Seniorenheimes in Auftrag gegeben hatte. Dort seien 70 Euro je Quadratmeter als angemessener Preis angegeben worden. Bei 4275 Quadratmeter ergibt das 299.000 Euro. Davon abgezogen worden seien die durch Angebote nachgewiesenen Abbruchkosten in Höhe von 61.000 Euro. Der

Verkaufspreis habe damit „voll und ganz dem Gutachterwert“ entsprochen.

Die dauerhafte Nutzung der Flächen für Seniorenbetreuung sieht der Bürgermeister durch mehrere Dinge gewährleistet. Zum einen lege der Bebauungsplan ein Sondergebiet für ein Seniorenheim fest. Eine andere Nutzung als für Seniorenbetreuung- oder -pflege sei damit ausgeschlossen. Zudem bestehe für das seniorengerechte Wohnen ein Vertrag zwischen der Gemeinde und der Allgäu Stiftung, die den Bau von seniorengerechten Wohnungen und deren Nutzung festlege. Schließlich habe sich die Allgäu Stiftung per Kaufvertrag und Grundbucheintrag verpflichtet, das Grundstück des Hauses Rothach für ein Pflegeheim zu nutzen.

„Zulässige staatliche Beihilfe“

● **Subventionen an die Allgäu-Stiftung** Die Gemeinde bezahlt nach der Übernahme der Seniorenbetreuungsgesellschaft (WSB) durch die Allgäu-Stiftung für die Jahre 2012 mit 2014 die Hälfte des Betriebskostendefizits, maximal 200.000 Euro. Das bestätigte Rudolph. Dies diene der Anschubfinanzierung während der betriebswirtschaftlich schwierigen Bauphase. Es handle es sich aber nicht um Subventionen, „sondern um eine zulässige staatliche Beihilfe“. Damit werde die Seniorenpflege sichergestellt, was zu den Aufgaben der Gemeinde gehöre. Die Zusage, das Betriebskostendefizit zu übernehmen, sei vom Gemeinderat einstimmig beschlossen und vom Landratsamt genehmigt worden.

● **Investor** Böhmer hatte in der Bürgerversammlung vom Interesse eines Scheideggers berichtet, ein Seniorenheim in Weiler zu errichten und wollte wissen, ob der Investor wegen Rudolph abgesprungen sei. Der Bürgermeister bestätigte jetzt das Interesse mehrerer Investoren, ein Seniorenheim zu bauen und anschließend zu verpachten. Bei der Neuausrichtung der Seniorenbetreuung sei es dem Gemeinderat aber nicht nur darum gegangen, ein neues Gebäude zu errichten, sondern den Betrieb der WSB beim Grundstücksverkauf mit zu übergeben. Darum habe sich nur die Allgäu-Stiftung beworben.

„Hören Sie auf mit Ihrem Kreuzzug“

Wortmeldungen Dr. Bernd Ferber und Josef Reichart kritisieren Walter Böhmer

Weller-Simmerberg Walter Böhmer hatte mit seinen Aufsichtsbeschwerden und kritischen Fragen in der Bürgerversammlung vor allem auf Bürgermeister Karl-Heinz Rudolph gezielt. Nachdem der Rathauschef seine Erklärung verlesen hatte, meldeten sich aus dem Gemeinderat Josef Reichart und Dr. Bernd Ferber – beide gehören der Fraktion der Freien Wähler an – zu Wort und griffen Böhmer scharf an. „Hören Sie auf mit Ihrem Kreuzzug gegen Herrn Rudolph, gegen unsere Verwaltung und die übergeordneten demokratischen Strukturen“, forderte Ferber von dem Bürger.

Walter Böhmer hat in der Vergangenheit mehrfach das Handeln der Weilerer Verwaltung aufsichtsrechtlich überprüfen lassen. Und zwar vom Landratsamt, der Regierung und jetzt laut Rudolph auch vom Innenministerium. Reichart sprach deshalb von „ständigen Beschuldigungen und pauschalen Verdächtigungen“ gegen die Verwaltung, beziehungsweise den Bürgermeister. Er empfinde das zwischenzeitlich „als unerträglich und als Angriff auf die Arbeit des gesamten Gemeinderates“. Ein selbsternannten Kontrol-

leur sei für ihn „sehr entbehrlich“, auch weil der Gemeinderat seine Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung nicht vernachlässige. Der Gemeinderat sei an den kritisierten Entscheidungen zu jedem Zeitpunkt beteiligt gewesen. Reichart: „Wir haben nächtelang debattiert und dann in den Abstimmungen in der Regel einstimmig oder mit sehr deutlicher Mehrheit zugestimmt.“

Ruf des Gremiums beschädigt

Zwei Dinge stoßen Ferber besonders auf. Er sprach von einer „demonstrierten und praktizierten Missachtung von demokratischen Strukturen“. Damit zielte er auf die Aufsichts- und Dienstaufsichtsbeschwerden Böhmers. Zum anderen stört Ferber die Tatsache, dass Böhmer offenbar geheime Informationen nutzt. Er sei ein „willfähriger Empfänger“ von Informationen, die ihm aus dem Gemeinderat zugetragen werden. Dieser Geheimnisbruch habe weitreichende negative Auswirkungen. Der Ruf des Gremiums werde beschädigt, zudem Bürger in ihren schützenswürdigen Rechten verletzt.

Böhmer selbst war als Zuhörer in der Sitzung nicht anwesend. (pem)